Digitales Brandenburg

hosted by Universitätsbibliothek Potsdam

Die Judenfrage und der Gymnasiallehrer

Siecke, Ernst

Berlin, 1880

urn:nbn:de:kobv:517-vlib-6405

Visual Library

18

II 229
XIV. Histor. rec. aevi.
North Ward Discours

Die Judenfrage und der Gymnasiallehrer.

Ein Beitrag

zur

Richtigstellung der öffentlichen Meinung

von

Dr. Ernst Hiecke,

ordentl. Lehrer am Friedrichs-Gymnasium zu Berlin.

Berlin 1880.

Verlag von Friedrich Luckhardt.

Ein bedauerlicher Vorfall der jüngsten Vergangenheit hat nicht nur einen Teil der Tagespresse, sondern, wenn die Berichte der Zeitungen genau sind, Mitgliedern beratender Versammlungen Veranlassung zu dem Versuche gegeben, den Lehrern höherer Lehranstalten ihr Recht politischer Ueberzeugungen und der Ausübung gewisser politischer Rechte dadurch zu verkümmern, daß man von vorn herein eine in bestimmter Richtung sich äußernde politische Thätigkeit als mit dem Lehramt unverträglich hinstellte. Nun braucht sich ja freilich Niemand das Recht verkümmern zu lassen, da Jeder frei nach seinem Gewissen zu entscheiden hat, was zu denken, wie zu stimmen, welche Petitionen zu unterschreiben, gegen welche Bestrebungen sich zu richten er für recht und sittlich halten darf.

Aber da die laut gewordenen Stimmen unleugbar großen Einfluß auf die Bildung der öffentlichen Meinung zu üben geeignet sind; da ferner Jeder nicht nur das Recht, sondern in gewissem Grade auch die Pflicht hat, zur Richtigstellung der öffentlichen Meinung, besonders wenn sie sich gegen seinen Stand, also auch gegen ihn selbst richtet, das Seinige beizutragen; da endlich der brennende Kampf unseres Erachtens am gedeihlichsten für alle Teile ausgefochten werden wird, wenn Jeder einfach und ehrlich, ohne Beleidigung anderer zu beabsichtigen, offen seine Meinung sagt; so wird es einem Lehrer an einer höheren Lehranstalt, noch dazu wenn er an eben dem Friedrichs-Gymnasium thätig ist, an welchem nach dem vom Tageblatt (v. 12. Nov., Morgen-Ausgabe) der Welt mitgeteilten Urteil eines Stadtverordneten „auch unberechtigte Eigentümlichkeiten anderer Lehrer" sich geltend machen sollen, nicht als Aufdringlichkeit oder Anmaßung ausgelegt werden können, wenn er sich mit einer ruhigen und sachlichen Erörterung an das Publikum wendet, in welcher er die Frage zu

beantworten unternimmt: Welche Stellung muß einem Lehrer erlaubt sein, in der brennendsten Tagesfrage, betreffend die Stellung des semitischen Elementes im germanischen Staatsleben, zu nehmen, und wie weit geht sein Recht, seine Ueberzeugung zur Geltung zu bringen, d. h. wie hat sich sein Recht als Staatsbürger abzugrenzen durch die Rücksicht auf die Schule? Es wird bei Beantwortung dieser Frage sich eine Erörterung darüber nicht vermeiden lassen, ob und wie die sogenannte Judenfrage ihre Schatten auch auf das Schulleben wirft; und damit hat, denken wir, unser Thema auch für weitere Kreise ein Interesse gewonnen.

Ehe wir aber zum Thema kommen, sei es uns gestattet, kurz den unerquicklichen Vorfall, der den Anlaß zu dieser Brochüre gab, zu berühren. Wir enthalten uns hier einer Beurteilung der Pferdebahn-Affaire, da ja die vorgesetzte Behörde berufen ist, ihr maßgebendes Urteil darüber abzugeben. Wir wollen nur Folgendes hervorheben: Gesetzt den Fall, es wäre die schlimmste Auffassung der Gegner die richtige, wonach zwei Lehrer im Gespräch mit einander Injurien gegen Juden laut gesagt hätten, um anwesende Juden zu provociren; so läge hier ja ein Unrecht vor, wir geben es zu. Die (angeblich) provocierten Juden überschreiten hierauf in ihrer Entgegnung jedes zu billigende Maß, erregen einen Straßenauflauf, benehmen sich theilweise unqualificierbar, einer geht zu Thätlichkeiten über. Also größeres Unrecht gegen geringeres Unrecht. Und daraufhin die Erregung eines Lärms in den Zeitungen, wobei man nur das (von uns hypothetisch zugegebene) Unrecht der einen Seite berücksichtigt, wobei man nicht soviel fragt nach dem Eindruck, den solch ein Skandal auf eine ganze Schule machen muß, wobei man die Ehrenhaftigkeit der beiden Herren auf Grund eines selbst nach der schlimmsten Interpretation doch immer nicht allzubedeutenden Vergehens in einer Weise angreift, daß man deutlich die Absicht herausmerkt, diese Herren in der öffentlichen Meinung womöglich gänzlich zu ruinieren. Das beabsichtigt man doch nicht jenes Vorfalles wegen? O nein! Man will die mit Freuden ergriffene günstige Gelegenheit dazu benutzen, um die Herren für etwas anderes büßen zu lassen, für politische Bestrebungen, für ihre Stellung zur Judenfrage. Hat man dazu ein Recht? Wir wollen die Frage allgemein behandeln, denn wir wollen uns selbst das Recht politischer Ueberzeugungen wahren. Wir kommen damit zu unserm eigentlichen Thema und

untersuchen zunächst: Soll der Lehrer in dieser Frage überhaupt Stellung nehmen?

Die Judenfrage existiert, sie ist brennende Tagesfrage. Wer als gebildeter Mensch den Weltvorgängen folgt, wird doch notwendig zu irgend einem Standpunkt den Tagesfragen gegenüber gelangen müssen. Verlangt man, daß allein ein wissenschaftlich gebildeter Lehrer von dieser allgemeinen Regel eine Ausnahme macht? Dann weist man ihm entweder eine fast übermenschlich hohe Rolle zu, wonach er auf die Erdennöten herabblicken soll, als ginge ihn die Welt mit ihren Sorgen und ihrem Weh nichts an, oder man stellt ihn unter alle übrigen Staatsbürger, indem man von ihm verlangt, daß er sich in stupider Weise um die Dinge dieser Welt nicht bekümmere. Beides geht doch offenbar nicht an. Der Lehrer ist Mensch von Fleisch und Blut, er steht im Getriebe der Welt, er hat schon zur pflichtmäßigen Ausübung politischer Rechte sich um die Tagesfragen zu kümmern. Dazu kommt, daß er durch seine Erziehung und durch seine Beschäftigung dazu geführt wird, sich die Erscheinungen theoretisch zurecht zu legen und ihren Gründen, ihrer sittlichen Berechtigung nachzudenken. Wer will sich herausnehmen, von vorn herein einem wissenschaftlichen Manne vorzuschreiben, wohin ihn sein ehrliches Nachdenken führen wird? Es ist eitel Ueberhebung, wenn Jemand sagt: „So du zu dieser oder jener Erkenntnis kommen solltest, so hast du eine Ansicht, die jeder anständige Mensch verachten muß". Dieser Jemand lasse sich gesagt sein: „Daß verschiedene ehrliche Menschen oft eine Sache sehr verschieden ansehen werden, ist so selbstverständlich, daß jene Rede wie ein Versuch aussieht, die freie Forschung und Ueberzeugung durch Einschüchterung zu beeinflussen." Aber allerdings Ehrlichkeit sei die Losung! Das und nichts anderes darf verlangt werden. Vielleicht sagt Jemand: Die Judenfrage ist gar kein Objekt wissenschaftlicher Behandlung. Wir sagen: Sie ist es in hervorragendem Maße. Die Faktoren, welche im Staatsleben walten, nach ihrem Entstehen und Wesen zu begreifen, ist Recht und Pflicht historischer Auffassung. Historiker und Philologen haben daher die nächste Veranlassung, sich theoretisch mit der Genesis und Geschichte des semitischen Einflusses in unserm Vaterlande zu befassen und können dabei der Frage gar nicht ausweichen: „Was wird nun das Endziel und das Resultat dieses aufsteigenden Einflusses sein"? Sie müssen sich ferner die Frage zu beantworten

suchen: „Wie kommt es denn, daß das gutmütige germanische Volk, das doch andere Volkselemente in sich ohne Umstände aufgenommen hat, viele Jahrhunderte hindurch vom Judentum durchaus nichts wissen wollte"? Welches war der innere Grund der früheren Judenverfolgungen bei uns? Wie kommt es, daß unsere germanischen Vettern in England, welche von jeher weniger gefühlsweich gewesen sind als wir, im Mittelalter die Juden einfach austrieben? (1290. Erst Cromwell gab ihnen die stillschweigende Erlaubnis, sich daselbst wieder niederzulassen. Vgl. Herm. Wageners Staats-Lexicon Bd. X. S. 644.) Wie kommt es, daß ein Schriftsteller, wie Tacitus, der doch z. B. für die Germanen so günstige Worte hat, das Judentum so abfällig beurteilt? Wie kommt es, daß schon im Altertum die Juden als eine das Volkstum anderer Nationen zersetzende Rasse erscheinen, wie man das z. B. in Mommsen's Römischer Geschichte so vortrefflich dargelegt findet?*) Worauf beruht die Antipathie zwischen Abendländern und Juden, auf welche derselbe Mommsen hinweist?**) Eine Antipathie muß doch ihre Gründe haben, und sollten diese wirklich immer nur in der niedrigen Denkungsart der Nichtjuden gelegen haben"? Wie nun, wenn sich einem wissenschaftlichen Manne, der dies oft zu überlegen veranlaßt wird, und der dabei an manche Verhältnisse der Gegenwart denkt, nach und nach eine Vorstellung eines jüdischen National-Typus bildet, die eben nicht allzu günstig ist, wenn er sich etwa zu einem Urteil folgender Art über diesen Typus hingedrängt sieht:

„Ihm fehlt es nicht an geistigen Eigenschaften,
Doch gar zu sehr am greiflich Tüchtighaften"?

Ich lasse mich hier nicht darauf ein, ob ich diese Anschauung teile oder nicht. Ich werde nachher darauf zu sprechen kommen. Ich stelle die Frage hier ganz hypothetisch und frage weiter:

---

*) Mommsen, Röm. Gesch. III. 5. S. 533 ff. Man vergl. Ausdrücke wie: „Der Jude, der nicht wie der Occidentale die Pandoragabe politischer Organisation empfangen hat und gegen den Staat sich wesentlich gleich gültig verhält" (534). — „Auch in der alten Welt war das Judentum ein wirksames Ferment des Kosmopolitismus und der **nationalen Decomposition**" (535). — Nun, wir Deutsche haben gar keine Lust, unsere Nationalität auch decomponieren zu lassen.

) Ebenda S. 534: „Auch** zu jener Zeit endlich begegnen wir der eigenthümlichen Antipathie der Occidentalen gegen diese so gründlich orientalische Race und ihre fremdartigen Meinungen und Sitten".

„Wer kann für seine Anschauungsweise, sobald sie mit Naturgewalt erwachsen ist? Und wer hat das Recht darüber abzuurteilen? Vielleicht ist mancher der leichtfertig Aburteilenden eben nur unwissend in der Geschichte."

Und wie steht es nun mit der Berechtigung, sich über die durch Herrn Hofprediger Stöcker — nicht ins Leben gerufene (die Judenfrage ist Jahrhunderte alt) — sondern wieder in Fluß gebrachte Bewegung ein Urteil zu bilden? Welche Vermessenheit, einfach den als verabscheuungswert zu bezeichnen, der darüber anderer Ansicht ist als unsere zum Teil ganz verjüdelte Tagespresse! Welch ein unberechtigtes Manöver über einen Mann in der Stellung des Herrn Hofprediger Stöcker so wegwerfend zu urteilen und anderen freien Männern die Richtung ihres Urteils so einseitig vorzeichnen zu wollen! Ich, Schreiber dieses, habe niemals eine Stöcker'sche Versammlung besucht — ich besuche überhaupt selten Versammlungen, da ich anderes zu thun habe — ich habe ihn nie gesehen, ich bin überzeugt, daß ich auf einem von seinem theologischen Standpunkt himmelweit verschiedenen dogmatischen Standpunkt stehe, ich habe auch nicht von allen Einzelheiten seines Auftretens Kenntnis, ich habe nur seine so höchst maßvolle und den wärmsten Patriotismus atmende Brochüre: das moderne Judenthum in Deutschland, besonders in Berlin (Berlin, Wiegandt & Grieben) wiederholt und mit Aufmerksamkeit gelesen und habe sie in mir mit dazu wirken lassen, zu einer Auffassung der Judenfrage zu gelangen; aber einerseits nach dieser Lektüre, andererseits nach der mich tief verletzenden Behandlung, die dieser edelgesinnte Mann, den der Jammer dieses deutschen Volkes erbarmt, in der Tagespresse und sonst erfährt, sowie nach dem ungeheuren Anathema, welches jetzt über jeden verhängt zu werden scheint, der sich von seiner Ansicht nicht abscheuvoll abwenden sollte, und durch welches Anathema man auch in meine Rechte als Mensch und Staatsbürger einzugreifen sich erlaubt, erkläre ich hiermit:

Nach meiner tiefsten sittlichen Ueberzeugung hat sich Herr Hofprediger Stöcker dadurch, daß er den Finger an eine wunde Stelle unseres Staatslebens legte, während so viele andere dazu keine Gelegenheit oder keinen Mut hatten, um das Vaterland wohl verdient gemacht.

Man spricht von Stöcker'schen Hetzereien. In der angeführten Brochüre ist wenigstens keine Spur von Hetzerei zu entdecken. Es ist das Wort eine Erfindung der Gegner, um die urteilslose Menge, die nichts liest, als die Zeitungen, gefangen zu nehmen.*) Man

*) Es sei mir gestattet, hier zwei Stellen aus Herrn Stöcker's Schrift anzuführen, von denen einige Sätze auch mir bei dem Zweck, den ich hier verfolge, vielleicht zu Gute kommen dürften:

Seite 32: „Ich bin von einem anständigen Juden gefragt, was ich eigentlich mit meinem Angriff gegen das moderne Judentum bezwecke. Meine Antwort war die, daß ich in dem zügellosen Kapitalismus das Unheil unserer Epoche sehe und deshalb naturgemäß auch durch meine social-politischen Anschauungen ein Gegner des modernen Judentums bin, in welchem jene Richtung ihre hauptsächlichsten Vertreter hat. Aber nie würde ich daran gedacht haben, gegen bloß volkswirthschaftliche Irrthümer aufzutreten, wenn nicht mit denselben diese frivole Hetzjagd gegen alle christlichen Elemente unseres Volkslebens verbunden wäre. Der Jammer um mein Volk, das dabei sittlich und religiös zu Grunde geht, treibt mich, diese Bosheit in die Oeffentlichkeit zu ziehen und den Kampf gegen dieselbe aufzunehmen. Was hilft es, das Schlechte auf der Kanzel zu bekämpfen, unter welcher die Schreiber und Leser jener Presse sich nicht versammeln, oder in konservativen Zeitungen einen Schmerzensschrei auszustoßen, welchen jene Seelenmörder belachen, ihre Opfer nicht hören! Dagegen ist eine Volksversammlung noch immer die geeignete Wahlstatt, um den Kampf mit den Volksverderbern aufzunehmen. Daß ich dazu ein gutes Recht habe, sagt mir mein Gewissen; daß es dazu die höchste Zeit ist, vielleicht noch nicht zu spät, aber wirklich die letzte Stunde, sagt mir die sittlich-religiöse Verwirrung der Gegenwart. Unrecht möchte ich Niemandem thun; die, welche mir vorwerfen, daß ich als Geistlicher, als Hofprediger Zwietracht säe, möchte ich fragen, ob Abwehr der Schande Aussaat von Zwietracht ist."

Seite 33: „Es giebt viele Juden, die Respect vor unserem Glauben, Achtung vor dem germanischen Charakter, Teilnahme an unserem Volkswohl haben; es giebt viele Juden, die wahr im Wort, treu im Versprechen, redlich im Geschäft, gar keinen Anlaß zur Klage bieten, — ich selbst kenne solche, achte und liebe sie. Aber der Begriff „modernes Judentum" bedeutet eben die Summe der hervorstechenden Züge, nicht die Vorzüge einzelner Persönlichkeiten; es ist mir unverständlich, wie man jenes Wort anders hat auffassen können. Man redet doch von „Germanentum" und weiß, daß manche Germanen keine Spur davon an sich tragen; man spricht von dem „heutigen Christentum" und denkt nicht an alle einzelnen Christen. Nur in diesem Sinne habe ich das moderne Judentum verstanden; aber in diesem Sinne ist es in der That jene Erscheinung, wie ich sie gezeichnet habe, ohne Bescheidenheit, ohne Toleranz, ohne sociale Gleichheit. Auch betriebsam, nüchtern, intelligent, bildungsdurstig ist es durch das Festhalten an der Familienpietät und der alten religiösen Tradition eng verbunden. Gern will ich diese Tugenden hervorheben; aber ich kann es nicht leugnen, daß bei der Verehrung der eigenen Religion diese Zerstörung der fremden einen doppelt schauerlichen Eindruck macht."

spricht von Judenhaß derer, welche gegen die Ueberwucherung des Semitentums in unserm Staatswesen auftreten. Uebertreibung und Phrase! Daß mancher von Haß oder Neid erfüllt sein mag, ist, weil allzu menschlich, nicht zu verwundern. Noch in jeder großen politischen Bewegung sind auch unlautere Beweggründe mit untergelaufen. Aber solche allen zuzuschreiben, sie als das leitende Motiv der ganzen Bewegung hinzustellen, ist irrig. Wie sollte speciell ein Lehrer dazu kommen, allein die Juden ihres Vermögens wegen zu beneiden, da es doch, Gott sei Dank, auch noch reiche Christen gibt? Schreiber dieses schließt von sich auf andere. Er spricht es aus, als ein Mann, dem Lüge zuwider ist und der sich auch event. nicht scheuen würde, einen Fehler einzugestehen, daß er weit entfernt ist von Haß gegen die Juden. Er haßt sie so wenig, als er etwa die Japanesen haßt und berücksichtigt außerdem noch, daß sie seine Mitbürger sind. Er erkennt gern an, daß sie etliche Charaktereigenschaften besitzen, an denen sich der zu Trägheit, zu Indolenz, zu Brutalität geneigte Germane ein Muster nehmen könnte. Aber er kann sich nicht helfen, er muß seine Ueberzeugung dahin aussprechen: der Jude ist trotz alledem und alledem oft eine uns recht fremdartig gegenübertretende Erscheinung, mit anderm Denken, ganz besonders mit anderm Fühlen in Bezug auf wichtige Gebiete unsers Lebens. Wir Germanen haben in Germanien nicht die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß wir den Juden homogen werden; vielmehr die Juden, die Fremdlinge auf diesem Boden oder, wenn man das lieber hört, darum, weil sie die Minderzahl bilden, haben dafür zu sorgen, daß sie sich unseren Gewohnheiten und Gefühlen, selbst unsern Vorurteilen anbequemen. So wenig ich es für unmöglich halte, Freund eines Japanesen zu sein, so gut kann ich auch Freund eines anständigen Juden sein, den ich außerdem als Mitbürger achte; meine jüdischen Freunde, die dies lesen, werden mir das zugeben. Ja sogar die Bismarck'sche Idee, daß das Germanentum das Judentum zu überwinden suchen müsse durch Aufheiratung seiner Töchter, hat für mich nichts, wogegen mein Gefühl reagierte. Daß mir auch jüdische Schüler stets lieb gewesen sind, darüber provociere ich auf das Urteil meiner früheren Schüler, welche die Schule verlassen haben. Aber so wie ich dagegen auftreten würde, wenn etwa eine japanesische Colonie es zu einer Ueberwucherung im Richterstande oder wo sonst noch brächte,

so vindiciere ich mir das Recht, dieselbe Anschauung dem Judentum gegenüber zu vertreten, bis es demselben gelungen sein wird, es zu derjenigen Verschmelzung mit germanischem Wesen zu bringen, welche **uns Germanen** genügend scheinen wird. Niemand hat in Deutschland ein Recht darüber zu urteilen als wir allein, und ich gehöre auch zu den Wir.

Man sagt: Wer von Judenhaß erfüllt ist, kann nicht unparteiischer Richter sein, nicht Lehrer an Schulen, welche Schüler gemischter Confession besuchen. Sehr richtig! Aber wo ist denn der Beweis, daß ein Haß vorhanden ist? Was ist denn das für eine Gedankendisposition, die bei einem politischen Gegner gleich Haß voraussetzen muß? Bei uns Deutschen waltet Gott sei Dank seit Jahrhunderten die Anständigkeit der Gesinnung, daß es von jedem Beamten für selbstverständlich gehalten wird, daß er sein amtliches Wirken von seinen Privatansichten streng trennt. Wohl uns, daß kein Demokrat Zweifel in die Unparteilichkeit eines conservativen Richters oder ein Conservativer in die eines demokratischen setzt! Wohl uns, daß kein anständiger Mensch daran zweifelt, daß ein Lehrer, wenn er vor der Klasse steht, als Mensch mit Menschen verkehrt, sich um nichts kümmert, als um seinen Gegenstand, daß er sich gewissermaßen in der Stellung eines Vaters zu seinen Kindern fühlt, mögen die Eltern einer Parteistellung oder einem Glauben angehören, welchem sie wollen. Das ist von jeher so Sitte gewesen bei uns in Deutschland. Der Gedanke muß in einem jüdischen oder arg verjüdelten Gehirn entstanden sein, daß ein Lehrer, der den unberechtigten Einfluß des Semitentums im germanischen Staatswesen bekämpft, seine jüdischen Schüler anders behandle als seine christlichen. Sollten uns das die Juden nicht aufs Wort glauben, so würden wir darin eine der Verschiedenheiten des jüdischen und germanischen Charakters erblicken müssen.

Wir Lehrer fühlen uns über einen solchen Verdacht hoch erhaben und wir schütteln das Gerede von uns ab wie Schneeflocken. Aber wir können nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß dieser in der jüdischen Presse ausgesprochene Verdacht uns mißtrauisch macht, ob wir mit solcher Anständigkeit der Gesinnung bei dem jüdischen Element durchweg*) auf Gegenseitigkeit rechnen können. —

---

*) Wir betonen ausdrücklich, daß wir an der tadellosen Ehrenhaftigkeit vieler einzelner Juden nicht im entferntesten zweifeln.

Wenn wir oben hervorhoben, daß ein Lehrer vielfach Veranlassung hat, sich mit der Judenfrage theoretisch zu beschäftigen, so fügen wir jetzt hinzu, daß seine Thätigkei ihm auch reichlich Material zur Beurteilung der Frage liefert. Er hat mit einer großen Menge junger Menschen zu verkehren, welche die Rassenunterschiede oft deutlicher erkennen lassen, als es bei erwachsenen Menschen der Fall ist. Nur wer die Rassenunterschiede leugnet oder als verschwindend klein ansieht, kann die Berechtigung zur Aufwerfung der Judenfrage läugnen. Wie ein Jeder die Frage zu beantworten hat, wird er mit sich selbst abmachen, und ich denke, es wird dies Jeder nach wie vor thun, ohne sich an das Geschrei des um seine Herrschaft besorgten Judenthums zu kehren.

Ja, sagt man vielleicht, denken mag ja Jeder, was er will, aber er darf es nicht laut sagen. Wie unpassend, wenn ein Lehrer seine auf theoretischem Wege gewonnene Ansicht über den Unterschied von Germanentum und Semitentum ins praktische Leben hineinträgt und also etwa seine Gedanken in Schriftwerken der Welt mitteilt, oder bei Wahlen diesen Candidaten vor jenem bevorzugt oder eine seinem Standpunkte entsprechende Petition unterschreibt! Wir erwidern: Bei dem jetzigen Zustand unserer Tagespresse kann ein wissenschaftlich gebildeter Mann es leicht als eine unabweisliche Pflicht ansehen, mit seinen Ansichten in die Oeffentlichkeit zu treten, um der jetzt herrschenden ungeheuren Einseitigkeit in der Besprechung öffentlicher Zustände entgegen zu treten. Denn wie die Sachen jetzt liegen, werden in den Zeitungen wenig Gedanken dem Publikum vorgeführt, welche nicht erst eine jüdische Censur passiert haben. Doch wir müssen bei dem zweiten Teil unserer Abhandlung länger verweilen, um die Frage ausführlich zu erörtern, ob und in welcher Weise ein Lehrer die Ansicht, welche er nun einmal gewonnen hat, im praktischen Leben zur Anwendung bringen darf.

Zunächst steht ja soviel unzweifelhaft fest, daß die Vertrauensstellung, die der Beamte genießt, ihm maßvolles Auftreten, Vermeiden jedes berechtigten Aergernisses, ernste Behandlung großer Fragen zur entschiedensten Pflicht macht. Solche Fragen müssen durchaus in großem Stil behandelt werden, sie müssen von Persönlichkeiten losgelöst und in die Sphäre rein sachlicher Erörterungen hinüber geleitet werden. Was speciell den Lehrer betrifft, so bedarf es bei Niemandem eines Wortes darüber,

daß in der Schule, in seinem Verkehr mit Schülern politische Ansichten schweigen müssen; politische Tagesfragen sind für den eigentlichen Unterricht überhaupt nicht vorhanden, keine Anspielung auf dieselben ist gestattet.

Zur gedeihlichen Lösung der Judenfrage wird ein Lehrer, denke ich, dadurch am schönsten und wirksamsten beitragen können, daß er eben die Schüler beider Rassen gleichmäßig heran nimmt, sie an gleiches Denken und Behandeln geistiger Objekte gewöhnt, um dadurch eine Annäherung der Anschauungen beider Rassen herbeizuführen. Aber indem ich dies ausspreche, nicht als Redensart, sondern als einen tief empfundenen Grundsatz, von dem ich mir nie abzuweichen erlaube, muß ich doch denen gegenüber, die vielleicht sagen möchten: „Nun mit dieser schönen Einwirkung möge sich der Lehrer begnügen, er trete aber nicht in die politische Arena" — diesen gegenüber, sage ich, muß ich doch das Recht derer anerkennen, welche nicht allein Lehrer, sondern daneben auch Staatsbürger sein wollen. Ich billige den Standpunkt derer durchaus, welche ihre vollste Befriedigung darin finden, sich ganz auf ihren Beruf zu concentrieren, und sonst wenig hervortreten; ich selbst habe bis zum heutigen Tage, wo ich dies schreibe, zu diesen Leuten gehört und gedenke auch später mich reserviert zu verhalten. Aber gestattet muß es doch Jedem sein, in die Oeffentlichkeit hervorzutreten. Schon der Gedanke, daß es Jemandem einfallen könnte, mir dies Bürgerrecht, welches ich sonst fast nie ausgeübt habe, zu verkürzen, drückt mir die Feder in die Hand, um mich öffentlich gegen solchen Versuch zu erklären. Ich will jedoch auch gern zugeben, daß nicht jede Art des öffentlichen Auftretens einem Beamten wohl ansteht, aber wir betonen, daß sich dies nur auf die äußere Form, deren er sich bedient, nicht auf den materiellen Inhalt seiner ehrlichen Meinung beziehen darf. In Versammlungen öffentlich seine Ansicht ruhig zu entwickeln, sich in Schriftstücken an das Publikum zu wenden, das Petitionsrecht auszuüben, alles das muß dem Lehrer so gut erlaubt sein, wie es nach dem Gesetz Jedem gestattet ist. Wir protestieren demnach aufs energischste gegen den in der Stadtverordneten-Versammlung am 11. November, nach Mitteilungen der Presse*) gethanen Ausspruch:

*) Berliner Tageblatt, 12. Novbr., Morgen-Ausg. — Der stenographische Bericht scheint noch nicht vorzuliegen. Sollten die Worte nicht genau wiedergegeben sein, so richtet sich unser Protest gegen diesen durch das Berliner Tageblatt verbreiteten Ausspruch.

„Mit der Unterzeichnung dieser Petition ... sind diese Herren (Herr Oberlehrer Brecher ist noch genannt, ein Beweis, daß es sich nicht mehr um die Pferdebahn-Affaire handelt,) einfach Agitatoren, die nicht auf der sittlichen Höhe stehen, welche wir von einem Lehrer unserer Jugend beanspruchen dürfen! Welch eine kühne Behauptung! Hätte sich der Redner bloß an den Vorfall im Pferdebahnwagen gehalten, so könnte man den starken Ausdruck, wenn auch nicht billigen, so doch begreifen; aber Jemanden deshalb, weil er sich im Verein mit hochachtbaren, z. T. hochstehenden Männern in einem sachlich gehaltenen, mit Motiven versehenen, in sehr ruhiger Sprache abgefaßten Schriftstück an das Publikum wendet und zu einer Petition an den Fürsten Reichskanzler auffordert (die Adresse, an welche sich die Petition richtet, bürgt doch wohl von vorn herein dafür, daß man an der Gesetzmäßigkeit und an der Wichtigkeit seiner Sache nicht zweifelt) — deshalb Jemanden als sittlich tief stehend zu bezeichnen, das geht denn doch bei weitem über das Maß des Erlaubten hinaus! Wenn dies wirklich nicht mehr erlaubt sein sollte, so wäre das ein Beweis, daß wir in der That schon in einem Judenstaate lebten, und daß wir Deutsche ans Auswandern denken müßten. Offenbar ist der Zweck dieses und ähnlicher noch maßloserer Angriffe der, Andere von dem Unterschreiben der Petition abzuschrecken, die ganze Stöcker'sche Bewegung zu brandmarken, die Besprechung der Judenfrage womöglich zum Schweigen zu bringen. Dies wird doch nicht gelingen. Es giebt genug ernstdenkende Männer, die eine Besprechung dieser Frage und eine Berücksichtigung derselben von Seiten der Staatsbehörden für dringend notwendig erachten. Diese werden, selbst wenn ihnen nicht jeder Satz der Petition gleich sympathisch sein sollte, dieselbe doch unterschreiben im Vertrauen, daß die Königl. Regierung die einmal angeregte Frage schon in einer den Interessen der Gesammtheit entsprechenden Weise lösen werde.

In der Handlungsweise eines Lehrers nun liegt noch kein innerer Widerspruch, wenn er einerseits in der oben geschilderten Weise und in dem angedeuteten Geiste mit seinen Schülern verkehrt, andererseits als Staatsbürger dem unberechtigten Einfluß des Judentums in unserm Staatsleben entgegen zu treten sucht.

Ihn leitet eben einmal — ganz abgesehen von der Amts-Pflicht — der innerliche Wunsch, eine größere Annäherung der

beiden Rassen mit herbeiführen zu helfen, andererseits aber treibt ihn zu seinem politischen Auftreten die Erwägung, daß wir noch sehr weit entfernt von einer völligen Verschmelzung sind, und daß, bis dieselbe erfolgt ist, unser Deutschtum vor der Ueberwucherung durch noch nicht völlig assimilierte fremdartige Elemente angemessen zu schützen ist. Das ist ein so milder Standpunkt, daß man ihm, denke ich, auch von jüdischer Seite aus die Existenzberechtigung nicht wird bestreiten können. Will man auf den eben entstandenen ungeheuren Skandal hinweisen, um zu zeigen, was dabei heraus kommt, wenn ein Lehrer sich nicht still auf seine amtliche Thätigkeit beschränkt, so erwidern wir erstens, daß ja Erregung von Anstoß — wäre es auch nur durch Unvorsichtigkeit — nach unserer Ansicht durchaus zu vermeiden ist, sodann aber, daß der Skandal von gewissen Leuten geflissentlich gemacht wird, daß sie einen nicht sehr bedeutenden Vorfall mit Geschick und Rücksichtslosigkeit ausbeuten, um bei dieser Gelegenheit einen Machtzuwachs zu erwerben; daß sie aus der Mücke einen Elephanten machen, um die Leidenschaften zu erregen; man merkt ihnen die triumphierende Freude darüber an, daß ihnen eine Unvorsichtigkeit einen Vorwand zu sittlicher Entrüstung gibt, wie sie ihn auf Bestellung nicht besser hätten erhalten können.

Wir sind mit unserm eigentlichen Thema zu Ende; wir glauben uns und allen Lehrern das Recht gewahrt zu haben zu denken, wie wir wollen, dies in einer maßvollen Weise auszusprechen und zu handeln, wie es von den Gesetzen erlaubt wird und wie wir es vor unserm Gewissen verantworten können.

Wir fühlten uns zu dieser Erklärung gedrängt und verpflichtet, um, wie es sich nach unseren Vorstellungen von deutscher Mannestreue gehört, für das gute Recht unserer auf das widerlichste angegriffenen Kollegen eine Lanze einzulegen und um gegenüber dem wahnsinnigen Wutgeheul eines Teiles der Presse Farbe zu bekennen. Den jüdischen Schreiern in den Zeitungen aber rufen wir zu: Wenn ihr euch einbildet, mit Einschüchterung des Germanen Gewissen zu beinflussen, so zeigt ihr damit, daß ihr nichts, absolut nichts versteht vom deutschen Gemütsleben, daß ihr diesem Gemütsleben noch fast so fremd gegenüber steht wie vor 2000 Jahren, daß euch ein recht innerliches Verständnis der trotzigen Landsleute Luthers und Lessings von der Natur einfach versagt ist.

Zweitens drängte uns zu dieser Erklärung die Rücksicht auf

unsere Schule, auf welche, wie auf der Hand liegt, der ungeheure Lärm der letzten Tage leicht von verderblichstem Einflusse sein könnte. Selbst die Rücksicht auf die Eltern unserer jüdischen Schüler gebietet es, unsern Standpunkt offen darzulegen, damit sie sich keine unnütze Unruhe machen. Denn nach dem, was sie in den Zeitungen lesen, könnten sie leicht auf den Gedanken kommen, daß ihre Kinder bei uns einer unpassenden Behandlung ausgesetzt sind. Das Publikum ferner, welches zum Teil auch nur nach einzelnen Blättern sein Urteil bildet, wird vermutlich nicht so ohne weiteres durchschauen, was des Pudels Kern bei dem Zeitungsgeschrei ist; dazu ist die Mache eine zu geschickte. Ein vielleicht vorgekommenes Versehen — wir verbleiben hier bei unserer nur bedingungsweisen Zugabe dieses Umstandes — wird in eminent geschickter Weise ausgenutzt, um das Publikum gegen die Lehrer und gegen alle, die nicht in einen bestimmten Kerben mit einhauen, aufzuregen. Wir wünschen durch unsere Worte dazu beizutragen, daß sich die Ansichten über diesen Punkt klären. Wir danken demjenigen Teile der Presse, welcher schon auf das Gebaren des anderen — leider die größere Masse bildenden — Teiles aufmerksam gemacht hat und auf die eigentümliche Kampfweise hinweist, deren sich der jetzt fast als Held gefeierte Hauptgegner der beiden Herren bedient hat. Wir freuen uns, daß in diesem ganzen ekelhaften Streit unsere beiden Herren Collegen, wenn sie sich vielleicht auch unklug, oder wie man sonst es nennen zu müssen glaubt, — wir wollen dem Urteil der Behörde nicht vorgreifen — benommen haben sollten, nichts vorgekommen ist, was auf die Ehrenhaftigkeit ihres Charakters einen Makel würfe, wohingegen das Benehmen der Gegner, wir meinen namentlich die Presse, **nach** dem Vorgange in nicht beneidenswertem Lichte erscheint.

Wäre die schlimmste Interpretation des Pferdebahnvorfalles richtig (was Niemand so ohne weiteres glauben wird), so läge in dem Hergang der Affaire und des sich daran anschließenden Streites etwas Typisches. Hier läge der Ausbruch eines germanischen Charakterfehlers vor, dort das bei Juden, wie Kenner wissen wollen, auch sonst nicht selten beobachtete ungeheure Gegenteil von Schüchternheit, um diesen Ausdruck der Germania zu gebrauchen. Nun wollen wir ja gewiß alle darnach streben, fehlerhafte Charaktereigenschaften zu zügeln und zu mildern. Aber ein jeder greife in seinen Busen, ob er sich

ganz sicher davor fühlt, daß nicht gelegentlich einmal solch ein Atavismus hervorbricht. Naturam expellas furca, tamen usque recurret. Beide Rassen halten ihre Charaktereigentümlichkeiten fest, der Jude womöglich noch zäher als der Germane. Es ist von durchschlagender Wichtigkeit, darauf wiederholt hinzuweisen. Ein jeder rechtliche Mensch wird gewiß den Wunsch haben, daß die verschiedenen Stammeseigentümlichkeiten dereinst sich ausgleichen; es ist eine reine Thatfrage, ob wir jetzt schon so weit sind. Es ist ganz logisch, daß diejenigen, welche das verneinen, nicht wollen, daß gewisse Beamtenkategorien entdeutscht werden. Gegen einen jüdischen Richter einzeln genommen wird vielleicht kein Mensch etwas haben; — ein Richterstand mit überwiegend jüdischem Typus behagt uns nicht. Ein oder ein paar jüdische Gymnasial-Lehrer an einer Anstalt können gewiß ebenso segensreich wirken, wie christliche; — ein jüdisches Lehrer-Collegium könnten sich germanische Eltern mit Recht verbitten, weil ihre Kinder ein Recht darauf haben, in einer Atmosphäre erzogen zu werden, wo sie germanische Anschauungen atmen. Unseres Wissens ist diese Auffassung unter uns so verbreitet, noch Jeder fast hat uns dies zugegeben, daß gar nicht einzusehen ist, weshalb man dieselbe nicht offen und deutsch heraussagen soll. Deshalb fordert die Petition an den Reichskanzler (Nr. 2), daß die Verwendung der Juden im Justizdienste — namentlich als Einzelrichter — eine angemessene Beschränkung erfahre. Die 3. Forderung, betreffend die Lehrer an unsern Schulen, geht in ihrer Formulierung über das von mir persönlich Gewünschte hinaus, ich möchte sie auch nur ähnlich, wie es in No. 2 ausgedrückt ist, formuliert sehen, so daß auch dafür Sorge getragen werden möchte, daß an Schulen die Zahl jüdischer Lehrer keine zu große werde. Wir halten diese Forderung für kein Unrecht gegen die Juden, auch nicht, wenn man sie auf ihre Vertretung in parlamentarischen Körperschaften ausdehnt. Ist es denn ein Unrecht gegen einen Nichthausbesitzer, wenn das Gesetz vorschreibt, daß so und so viel Hausbesitzer in die Stadtverordnetenversammlung gewählt werden müssen?*)

*) Ein wohlwollender Mann, der nicht auf unserem Standpunkt steht, auf dessen Stimme zu hören wir aber alle Veranlassung haben, erwiderte uns, als wir ihm obige Worte mitteilten, die Sachlage sei doch da eine andere, weil es sich dabei um eine Interessenvertretung handle. Das aber ist ja das Wesen der Judenfrage, daß viele unter uns das Gefühl haben, das Judentum lasse sich in seinem Verhalten mehr, als man ihm einräumen könnte, von Stammes-Interessen leiten.

Der Gesetzgeber will eben, daß dieses Element nicht in zu geringem Maße vertreten sei. So wollen wir, daß im Beamtentum die germanische Rasse nicht in zu geringer Ausdehnung vertreten sei, nicht in die Minderzahl gedrängt werde. Die Forderung ist entweder so zu erfüllen, daß man Beamten-Collegien das Wahlrecht gibt, wie es das Officier-Corps ausübt *)

*) Als wir obiges schon geschrieben, finden wir in einem Blatte, mit dessen Richtung wir sonst nicht sympathisieren, einen höchst vernünftigen Artikel, in welchem wir außerordentlich viel billigen und dessen Standpunkt sich von unserm eigenen gar nicht so weit entfernt. Wir erblicken darin einen erfreulichen Beweis dafür, daß ehrliche Männer oft von verschiedenem Standpunkte aus zu ähnlichen Resultaten kommen, daß also nichts nothwendiger ist, als eine anständige Discussion schwebender Fragen frei zu geben, damit die verschieden gesinnten Leute ihre Ansichten austauschen. Es wird dann schon eine Verständigung erzielt werden, während durch das Bestreben, den Gegner mundtot machen zu wollen, gar nichts erreicht wird. **Das Kleine Journal** vom 15. November enthält in seinem Artikel „Zur Judenfrage" u. a. folgende Sätze: „Die an den Fürsten Bismarck gerichtete Petition ist der anständige Auswuchs (wir würden Ausdruck sagen) der Bestrebungen des Herrn Hofpredigers (Stöcker)." .... „Wie aber auch der Hergang (der Pferdebahnaffaire) gewesen sein mag, so ist es zu bedauern, daß sich die Presse und die öffentliche Meinung dazu haben hinreißen lassen, gerade an diesen Fall die Frage des Ungeziemenden der Judenhetze anzuknüpfen, denn gerade dadurch ist zur Krisis geworden, was vielleicht doch noch eingeschlummert wäre. Wir fragen uns eben so vergeblich, was der Zweck des Herrn Hofpredigers ist, als wie wir nicht sehen können, wozu die Gegen-Agitation führen soll. **Es giebt kein gesetzliches Mittel, Ueberzeugungen zu hindern.** Wenn auch unter den Namen derer, welche die Petition an den Reichskanzler unterschrieben haben, viele vorhanden sein mögen, die von blindem Judenhaß, Neid und was sonst geleitet sind, so sehen wir andererseits auch Namen darunter von Männern, die wir als im allerhöchsten Maße achtbar, wohlwollend und gut kennen, die von den edelsten Gesinnungen beseelt sind, welche aber unglücklicherweise an Vorurteilen kleben, die in dem Gebahren des heutigen Judentums einen Beweis für die Ueberlieferungen der Vergangenheit zu sehen glauben und welche in dem Anhäufen des Kapitals in jüdischen Händen eine Gefahr für das Wohl des Staates und den Grund der Demoralisation unserer Zeit zu erblicken glauben" .... Ferner: „Es ist aber nicht leicht, von Vorurteilen zurückzukommen und namentlich nicht, wenn leider ein Theil des Judentums durch seine Handlungsweise Grund für die Annahme giebt, daß hier alles Ideale fehlt, wenn Diejenigen, welche eine hervorragende Rolle in öffentlichen Angelegenheiten spielen, fast insgesammt sich jeder Bewegung anschließen, welche das Herkömmliche im Lande zu zerstören sucht, wenn jüdische Abgeordnete sich zum Aerger frommer Christen beim Kulturkampf

(daß es dazu kommt, halten wir für wenig wahrscheinlich) oder es wird die Zahl der Judenstellen nach irgend welchen billigen Gesichtspunkten normiert und festgestellt, daß, vorläufig wenigstens, diese Zahl nicht überschritten werden darf. Was ferner den ersten Punkt der Petition betrifft, „daß die Einwanderung ausländischer Juden, wenn nicht gänzlich verhindert, so

---

betheiligen, wenn die große Zahl Derer, die ohne eigentliche Religion alles Religiöse unzart und zersetzend behandeln, der jüdischen Rasse angehört, und wenn der Thatendrang und die Fähigkeit der Juden dahin führt, daß eine übergroße Zahl auf allen Gebieten plötzlich Stellung nimmt, mit der dem Emporkömmling eignen Taktlosigkeit verletzt, oder in gewissen Stellungen nicht diejenigen Eigenschaften an den Tag legt, welche fast allein einer guten Erziehung seitens gebildeter, vornehmer Eltern entspringen können." Sehr gut! daher die erste Stöcker'sche Forderung: Ein klein wenig bescheidener! Ferner sagt der Artikel: „das einzige Mittel [nämlich zu verhindern, daß Leute, welche zwar eine wissenschaftliche Stufe erreicht haben, welche sie befähigt, gewisse Aemter zu bekleiden, denen aber die innere Bildung und andere Eigenschaften fehlen, und zu bewirken, daß gewisse Beamtenklassen sich nur aus den auserlesensten Elementen rekrutieren], ist eine Einrichtung, ähnlich der, die beim Offizierkorps so Großes herbeigeführt hat. Beamter [dazu gehören eben auch die Lehrer höherer Schulen], Anwalt oder Prediger zu sein, sollte, wie beim Offizier, Standesehre involviren. Nicht Jeder, der sein Offizier-Examen gemacht, wird gewählt, oder qualifizirt sich, Mitglied eines Offizierkorps zu sein, nicht jeder Assessor ist, weil er sein Examen gemacht hat, Gentleman genug, um Richter zu sein. Es wäre sehr zu wünschen, wenn unsere Prediger, wie in England, aus den besseren Ständen hervorgingen und so weiter. Es müßte eine Einrichtung getroffen werden, durch welche man nur durch Wahl, wie beim Offizierkorps, zum Amte gelangt." Wir haben oben gesagt, daß wir dies zu erreichen nicht zu hoffen wagen und daher der andere Vorschlag (den die Petition enthält) vorläufig für praktischer halten. — Mit vielen, wenn auch nicht mit allen Gedanken des Artikels also sympathisieren wir, und zum Beweis, daß wir jedem Worte der Versöhnung unser Ohr offen halten, wollen wir auch folgenden Satz als gewiß beachtenswert anführen: „Dem germanischen oder christlichen Theil unserer Bevölkerung möchten wir aber noch anheimgeben, sich vor Ueberhebung in Acht zu nehmen. Trotz aller Rassen-Verschiedenheit sind wir doch alle Kinder unserer Zeit, der Gesellschaft, des Landes, ja selbst des Klimas und der Verhältnisse, denen wir angehören. Wenn in unserer Zeit etwas besteht, was wir tadeln, so mögen wir überzeugt sein, daß Christen und Juden davon gleich behaftet, wenn auch vielleicht die Erscheinungen in jedem Falle verschieden sind; was beim Juden als Schaum zur Oberfläche gelangt, sinkt beim Germanen als Bodensatz herab." Recht schön! Doch wird vielleicht mancher den Rassenunterschied noch etwas stärker betont wissen wollen, als es hier ja schon geschehen ist.

doch wenigstens eingeschränkt werde," so berührt er ja nicht einmal irgend einen Staatsbürger. Soll es nicht erlaubt sein, eine so maßvolle Bitte auszusprechen, falls man eben innerlich von der Ueberzeugung durchdrungen ist, daß wir in unserm Staate genug von diesem fremden Elemente haben, daß wir vor der Hand viel damit zu thun haben werden, dasselbe unserm Wesen zu assimilieren? Ueberhaupt, wo bleibt denn das liberale Princip, wenn man schon das Aussprechen einer Bitte, und wäre sie die thörichste, zum Verbrechen stempeln will? Wer für sich das Recht freier und ehrlicher Ueberzeugung beansprucht, muß es auch andern gönnen, sonst ist sein Liberalismus eitel Schein und Phrase. Wir verlangen für uns jenes Recht. —

Es erscheint, während wir mit Abfassung dieses Versuches zur Richtigstellung der öffentlichen Meinung beschäftigt sind und ihn zum Teil geschrieben haben, in der Vossischen Zeitung vom 14. November eine von einer Reihe hervorragender Männer unterzeichnete „Erklärung", welche wir nicht unberücksichtigt lassen dürfen. Wir zollen dem Edelsinn, aus dem diese Erklärung hervorgegangen ist, alle Achtung, sind aber der Ansicht, daß die Unterzeichner in ihrer germanischen Idealität über das Ziel hinausgeschossen haben, was wir durch folgende Auseinandersetzung beweisen möchten.

Daß eine gewisse Mißstimmung großer Kreise, ja ganzer Volksmassen gegen die Juden vorhanden ist, das ist einfach eine historische Thatsache, man mag darüber die Hände ringen oder nicht. Die Juden und Judenverteidiger sagen nur, dieselbe sei eine Ausgeburt des Hasses, des Neides und welcher schlechten Eigenschaften sonst, während die Andern das leugnen und sich auf ihr Gewissen berufen, das sie von Haß freispricht. Dennoch sind gerade die Juden vielleicht nicht am besten über die Tiefe und den Umfang jener Mißstimmung unterrichtet, weil die anständigen Germanen ihnen gegenüber (sowie selbst allen den Christen gegenüber, deren semitische Abstammung vermutet wird) ihre Mißstimmung meist nicht äußern, sondern nur unter sich davon reden. Auch die Unterzeichner der „Erklärung" sind vielleicht wegen der Höhe ihrer gesellschaftlichen Stellung nicht so völlig über den Thatbestand unterrichtet. Wir meinen nun, es sei nicht politisch weise davon abzuraten (denn das ist doch der Zweck jener „Erklärung" im jetzigen Augenblick), daß man den Thatbestand offen darlege und die Gründe dieser historischen Erscheinung zur Discussion

stelle. Frei von der Leber herunter reden gewährt Erleichterung und beugt manchem schlimmern Ausbruche des Unwillens vor. Man hat eben die Besprechung der Judenfrage in verkehrter Weise zu lange hinausgeschoben, die Juden haben sie totschweigen wollen, nun drängt sie sich mit elementarer Gewalt hervor. Will man eine ruhige Besprechung noch einmal von der Tagesordnung absetzen, so wird sie sich nach kurzer Zeit nur um so lauter melden. Wir meinen, es ist gedeihlicher, offen und geradezu darnach zu fragen und es gründlich zu untersuchen, was an dem Unwillen ganzer Volksschichten berechtigt sei, was nicht. Wir, die wir uns noch nicht völlig darüber klar sind, und die wir durchaus nicht vergessen, daß viele Juden „durch Fleiß und Begabung in Gewerbe und Handel, in Kunst und Wissenschaft dem Vaterlande Nutzen und Ehre gebracht haben", wir wollen doch erfahren und klar gestellt wissen: Was ist wahr an der Behauptung, daß die Juden sich an den blutigen Gründungen der vorigen Jahre unverhältnißmäßig stark beteiligt haben? Was ist wahr an der Behauptung, daß ganze Provinzen (Posen) durch das Judentum dem wirtschaftlichen Ruin zugeführt worden? Was ist wahr an der Behauptung, daß gerade Juden und wieder Juden die Not und den Leichtsinn und die Unwirtschaftlichkeit unseres Volkes durch Wucher oder Börsenschwindel auf das unverantwortlichste ausbeuten? Es liegt dringend im Interesse aller anständigen Juden, dies mit klarstellen zu helfen, und die Forderung, umfassende statistische Erhebungen anzustellen über alle Punkte, die sich nur in Betracht ziehen lassen, halten wir für eine sehr richtige (Punkt 4 der Petition an den Reichskanzler). Es wird sonst durch keine Macht zu verhindern sein, daß das lebhaft empfundene Gefühl in der Stille und mit der Zeit noch an Tiefe und Ausdehnung gewinnt, daß unser Volk in seiner Gutmütigkeit, vielleicht auch in seiner Indolenz, von einem gewissen Teil einer kleinen und rührigen Gesellschaft, die zwar einen nicht verächtlichen Procentsatz tüchtiger Leute stellt, aber doch eine ganze Menge rücksichtsloser und dabei eng untereinander zu gegenseitigem Emporhelfen verbundener Elemente in sich birgt, gründlich ausgezogen und ausgesogen wird. — Wie groß der unberechtigte Einfluß des Judentums ist, haben so recht deutlich die Ereignisse der letzten Woche gezeigt. —

Die ab und zu vorkommenden nicht zu billigenden Ausschreitungen sind eben als ein sich Luft machen jenes Gefühles anzusehen. Diejenigen, welche es nun einmal haben, halten es für

lächerlich, daß da von Judenhetze gesprochen wird, wo sie das Objekt einer regelrechten und mit sportsmännischem Behagen ausgeführten Deutschenhetze*) zu sein vermeinen.

---

*) Wir lesen in der Post vom 17. November:

Aus Anlaß eines Vorfalls in Sondershausen (vgl. Deutsches Reich); wo von jüdischen Mitgliedern des Gemeinderaths der Anspruch auf Theilnahme an der Wahl der Mitglieder des Kirchen- und Schulvorstandes erhoben wurde, erinnert die Kreuz-Zeitung daran, daß in Preußen früher bei einer ähnlichen Gelegenheit der in dieser Beziehung von jüdischen Magistratsmitgliedern erhobenen Anspruch vom Konsistorium der Provinz Preußen zurückgewiesen wurde. Die Allg. Ztg. des Judenthums focht den bezüglichen Bescheid des Konsistoriums, der vom Oberkirchenrath bestätigt wurde, damals an, worauf — es war vor etwa acht Jahren — die National-Zeitung schrieb:

„Dieser Bescheid entspricht so sehr dem gesunden Menschenverstande und die Wahl der evangelischer Prediger durch jüdische Magistratsmitglieder wäre eine so offene Verhöhnung der evangelischen Kirche, daß man sich darüber wundern muß, wie mehrere hiesige Zeitungen ihn mit angeblichen juristischen Deduktionen anfechten. Es scheint wirklich, als ob es in Deutschland bald nöthig werden soll, im Gegensatz zu früheren Bestrebungen für Emancipation der Christen zu agitiren.

Die Kreuz-Zeitung, welche dieses Citat an das Licht zieht, bemerkt, daß die National-Zeitung hiermit den Kern dessen traf, was man gegen die „Judenfrage" nennt.

Ueber den Vorfall in Sondershausen lesen wir in derselben Nummer:

Schwarzburg-Sondershausen, 13. November. (Zur Judenfrage.) Eine kürzlich im Gemeinderathe unserer Residenz gepflogene Verhandlung über die Theilnahme jüdischer Gemeinderaths-Mitglieder an der Wahl der Mitglieder des Kirchen- und Schulvorstandes dürfte auch außerhalb unseres Fürstenthums, zumal im Hinblick auf die jetzt überall behandelte „Judenfrage", einiges Interesse erregen. Der Fall ist folgender: Während hier zu Lande nach den betreffenden Gesetzesvorschriften Israeliten von der Theilnahme an den Wahlen der Mitglieder der Kirchen- und Schulvorstände ausgeschlossen sind, hatte sich der Vorsitzende des hiesigen Gemeinderaths, ein Israelit, doch an einer solchen Wahl betheiligt. Deshalb, und da die Fernhaltung des Vorsitzenden von der Wahl möglicherweise ein anderes Ergebniß der letzteren hätte herbeiführen können, wurde das bezügliche Wahlverfahren durch die Fürstliche Kirchen- und Schul-Inspection für ungültig erkärt. Darob großes Geschrei der hiesigen Liberalen. Im Gemeinderathe selbst, in welchem die Sache ebenfalls zur Sprache kam, deducirte der Vorsitzende — ein Jurist — daß im gegebenen Falle jüdische Mitglieder der Gemeindevertretung wohl berechtigt seien, an den Wahlen des Kirchen- und Schulvorstandes Theil zu nehmen, da die neue, auf demokratischer Grundlage errichtete Gemeinde-Ordnung die Gleichstellung aller Religionsbekenntnisse eingeführt habe. Der Ober-Bürgermeister und Rath, sowie die Mitglieder des Gemeinderaths, erkannten diese Ausführung auch ohne Weiteres als richtig an und beschlossen einstimmig Verwahrung gegen die das Wahlrecht der Juden beeinträchtigende Entscheidung der Kirchen- und Schul-Inspektion.

Diese sagen: „Auch unser Ziel ist die Ausgleichung aller innerhalb der deutschen Nation noch von früher nachwirkenden Gegensätze, aber wir wollen dabei nicht benachteiligt werden, sondern wir schließen uns der dritten Stöckerschen Forderung an: Bitte, etwas mehr Gleichheit! Auch wir wollen die Vermächtnisse Lessing's hochhalten. Zu den Vermächtnissen Lessings gehört aber auch die offene und furchtlose Kritik bestehender Mißstände."

Wir halten die Zeit, uns über unseres Vaterlandes Wunde mit Redensarten hinwegzuhelfen, für zu ernst. Die sociale Frage pocht gewaltig laut an das Thor. Capitalsmacht und Judentum werden nachgerade als gleiche Begriffe empfunden. Die Frage nach der Beschränkung des Uebergewichts des Capitals muß in großem Stil unter Leitung der staatlichen Autoritäten behandelt werden. Die Judenfrage spielt da mit hinein. Gebe der Himmel, daß es gelingt, diese Fragen in gedeihlicher Weise zu lösen. Das muß Wunsch aller Christen und Juden sein. —

Nun noch ein Schlußwort an die Lehrerschaft der höheren Schulen und an alle: Wer ein Mann ist, lasse sich weder durch das Toben der Zeitungen einschüchtern, noch sebst durch berühmte Namen blenden, sondern sage ehrlich, wie es ihm ums Herz ist. Kein Sterblicher hat das unfehlbare Richteramt in Gewissensfragen. Handele Jeder nur nach seinem Gewissen nnd bekenne Farbe. Ehrlichkeit sei die Losung!

Niemand aber vertraue zu viel den Zeitungen, sondern mache es sich zur Pflicht, wenn es möglich ist, auf anderem Wege zu einem Urteil über die Thatsachen zu gelangen. Namentlich urteile Keiner leichtfertig über einen Mann wie Stöcker, ohne auch nur seine Schrift gelesen zu haben.

Wir haben die vorstehende Auseinandersetzung nicht unterdrückt, obwohl wir leider nach den Ereignissen der letzten Tage uns nicht der Besorgnis entschlagen können, daß auch diese Brochüre zum Gegenstand der bittersten Anschuldigungen gemacht werden wird. Hat man doch auch in Breslau gegen einen Lehrer lediglich wegen seiner politischen Meinungen mit Strafanträgen an seine vorgesetzte Behörde vorgehen zu müssen geglanbt. Wir hoffen

jedoch, daß auch die Gegner uns die Anerkennung nicht versagen werden, daß wir bestrebt gewesen sind, den Streit in eine idealere und damit ruhigere Sphäre hinüberzuleiten, und daß wir, so sehr auch die Erregung durch einzelne Sätze und Wendungen hindurchzittern mag, wir uns eines möglichst ruhigen Tones befleißigt haben. Daß wir dabei unsern Standpunkt fest eingenommen und offen unsere Ansichten, von denen wir sicher glauben, daß sie Hunderttausende, wenn nicht Millionen teilen, ausgesprochen haben, muß man, wenn noch nicht alle Gerechtigkeitsliebe aus der Welt verschwunden ist, uns gestatten.

Wir wenigstens würden es in dieser Zeit der Erklärungen für das Gegenteil von Mannesmut halten, wollten wir uns nicht erklären, wo unser Standpunkt als unehrenhaft gebrandmarkt wird. Unser Gewissen sagt uns, das wir nichts Böses beabsichtigen. Wir wollen den Frieden, glauben aber nicht, daß der beste Weg, dazu zu gelangen der ist, überhaupt gar nicht zu kämpfen und sich dem Gegner gebunden auszuliefern, sondern der eine offene Fehde ritterlich auszukämpfen. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß namentlich in dem Teile der Berliner Bürgerschaft, welcher Berührungspunkte mit dem Friedrichs-Gymnasium hat, unsere Auseinandersetzung beruhigend und beschwichtigend wirken und zur Klärung der Ansichten beitragen wird. Wir erwarten davon besonders eine günstige Rückwirkung auf unsere Schule, die unter den falschen oder übertriebenen Ansichten des Publikums ganz offenbar nicht wenig zu leiden hat, insofern wir meinen, die weitere Discussion über die Tagesfragen werde sich fortan so vollziehen, daß die Schule dabei ganz aus dem Spiele bleibt.

Druck von F. Hoffschläger in Berlin.